

Mehr als Spartenpolitik: Strategische Stärken feministischer Außenpolitik

Ursula Schröder, IFSH

Feministische Außenpolitik ist weder ein fixes politisches Programm noch eine spezifische Spartenpolitik für Frauen. Feministische Außenpolitik zielt darauf, gleiche Rechte, die gleichberechtigte Teilnahme aller Menschen an politischen Entscheidungen und den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen zu verwirklichen. Feministische Außenpolitik ist damit im Kern ein Perspektivenwechsel hin zu einem außenpolitischen Handeln, das die Konsequenzen politischen Entscheidens und Handelns für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen – nicht nur für Frauen, sondern auch für andere strukturell marginalisierte Gruppen – in den Blick nimmt. Mit diesem Bekenntnis zu Menschen, nicht Staaten, als Ausgangspunkt für Politik schließt der Begriff eng an deutlich ältere Debatten um menschliche Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen an.

Nach etlichen Jahren politischer Debatten und Forschung zu feministischer Außenpolitik kann es heute nicht alleiniges Ziel sein, das Konzept in den oft kleinteiligen Programmen abgegrenzter Ressorts umzusetzen. Stattdessen muss es darum gehen, feministische Außenpolitik viel grundsätzlicher als das zu begreifen und zu verankern, was es sein könnte: eine strategische Orientierung, die schwierige Entscheidungen über politische Prioritäten in einer zunehmend krisenhaften Welt ermöglicht.

Strategische Stärken feministischer Außenpolitik

Feministische Außenpolitik hat zwei grundlegende Stärken: Als explizit sektorübergreifendes Konzept kann (und muss) dieser Ansatz erstens disparate hierarchische Entscheidungsstrukturen integrieren. Als horizontaler strategischer Mechanismus kann feministische Außenpolitik dadurch dazu beitragen, beispielsweise die nach wie vor weitgehend vertikal versäulten Politikfelder der internationalen Friedensförderung, der Anpassung an den Klimawandel und der Agenda 1325 ‚Frauen, Frieden und Sicherheit‘ über Ressortgrenzen hinweg zu integrieren. Zweitens verweist die besondere Fokussierung des Konzepts auf Ungleichheit und Gleichberechtigung auf einen klaren Wertehorizont. Dieser erlaubt es, zwischen unterschiedlichen politischen Optionen zu entscheiden und damit Außenpolitik stärker als bisher zu priorisieren. Diese beiden Stärken – ihre horizontale Integrationsfunktion und ihr klarer Wertehorizont – können eine zentrale Funktion für Außenpolitik in einer Welt multipler und komplexer Krisen entwickeln.

Denn die aktuellen tiefgreifenden Verwerfungen und Krisen – vom Krieg in Europa über die Pandemie bis hin zur Klimakatastrophe – stellen etablierte Formen der politischen Problembearbeitung vor große Herausforderungen. Aus der Forschung im Feld der Policy Studies wissen wir, dass demokratische politische Systeme darauf ausgerichtet sind, Probleme in ihre Komponenten aufzuteilen und innerhalb vertikaler institutioneller Säulen – beispielsweise Ressorts – zu behandeln, anstatt sich horizontal auf umfassende Problemsysteme zu konzentrieren (Head 2022). Einzelne Problemelemente werden somit systematisch innerhalb voneinander abgegrenzter Verfahren bearbeitet, selten werden Probleme oder Problemkomplexe in ihrer Gesamtheit betrachtet. Zudem werden Lösungen auch für neue, drängende Probleme häufig inkrementell, tendenziell auf Basis bestehender Lösungen und eher im Rahmen existierender institutioneller Grenzen gesucht.

Allerdings entziehen sich die aktuellen Probleme und Bedrohungen als *(super) wicked problems* (Auld et al. 2021) oft diesen klassischen Lösungswegen demokratischer politischer Systeme. Gesellschaften können nicht mehr ein Problem nach dem anderen lösen, sondern müssen multiple Krisen parallel bearbeiten, ohne notwendigerweise den ‚richtigen‘

Lösungsweg zu kennen. An diesen Grenzen der Politikgestaltung entstehen heute *Probleme der Priorisierung* – alles ist dringend und wichtig – und *Probleme der Integration* politischen Handelns. Genau hier kann feministische Außenpolitik als strategischer Rahmen eingesetzt werden, der deutsche Politik viel stärker als bisher horizontal integriert, und damit gegen die bisherige Unterteilung außenpolitischen Handelns in unterschiedliche Ressorts und Länder anarbeitet. Feministische Außenpolitik muss sich auf diesem strategischen Territorium, bei der Rahmung und Priorisierung von Politik, behaupten – nicht nur in der operativen Umsetzung in politischen Programmen.

Die laufende Debatte um die Formulierung einer nationalen Sicherheitsstrategie bietet dafür eine Chance. Das für die neue Strategie grundlegende dreifache Schutzversprechen – Schutz des Lebens, Schutz der Freiheit, Schutz der Lebensgrundlagen – vollzieht den Wechsel des sicherheitspolitischen „Referenzobjekts“ (Buzan et al. 1998) vom Staat zum Individuum. Feministische Außenpolitik liefert hier die notwendigen evaluativen Kriterien, um schwierige Entscheidungen über politische Prioritäten im Rahmen dieses umfassenden Schutzversprechens zu treffen. Gleichzeitig betrachtet das Konzept klassische außenpolitische Themen wie Stabilität, Sicherheit oder wirtschaftliche Entwicklung nicht als weniger wichtig (Adebahr et al. 2022). Feministische Außenpolitik liefert die nötige politische Orientierung, um politisches Handeln in einer Welt in der Krise wertebasiert und ressortübergreifend anzuleiten.

Feministische Außenpolitik als Klimafriedenspolitik

Am Nexus zwischen Klimawandel, (Un)sicherheit und Gender werden die Stärken feministischer Außenpolitik besonders deutlich. Aus der Forschung zu Klimawandel und Gewaltkonflikten wissen wir, dass Klimawandel – zumindest bislang – Gewaltkonflikte nicht direkt auslöst, existierende Konflikte aber deutlich verstärken und ausweiten kann. Die vielfach in der Politik verwendete Figur vom Klimawandel als ‚Bedrohungsverstärker‘ (*threat multiplier*) spiegelt diese Erkenntnisse wider. Der Klimawandel kann dabei auf unterschiedlichen Wegen zur Verstärkung von Gewalt und Unsicherheit führen. Als wichtige Konfliktfaktoren wurden beispielsweise negative sozioökonomische Entwicklung, schwache staatliche Kapazitäten oder hohe soziale Ungleichheit identifiziert (Mach et al. 2019). Gleichzeitig verringern bestehende Gewaltkonflikte die Kapazität von Gesellschaften, sich an den Klimawandel anzupassen – die aktuelle Situation in der Tschadseeregion ist nur ein Beispiel dafür.

Die substanziellen Zielgrößen feministischer Außenpolitik – gleiche Rechte, gleichberechtigte Teilhabe und gleiche Ressourcen – können die beschriebenen Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Gewalt und Unfrieden weitreichend positiv beeinflussen. Denn wir wissen, dass sinkende Geschlechtergerechtigkeit ein starker Prädiktor für abnehmende Friedfertigkeit staatlichen Handelns ist: Je stärker Geschlechterungleichheit in einem Staat ausgeprägt ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass dieser Staat in zwischen- und innerstaatliche Konflikte verwickelt ist (Hudson et al. 2021). Gleichzeitig gilt: je inklusiver Entscheidungen in einem Staat getroffen werden, desto nachhaltiger und friedlicher sind ihre Folgen. Geschlechtergerechtigkeit ist damit einer der wichtigsten Faktoren, um Voraussagen über das Verhalten von Staaten zu treffen. Weitere Forschungen zeigen darüber hinaus, dass Rechte, Teilhabe und Zugang zu Ressourcen in einem engen Zusammenhang mit der Fähigkeit von Staaten stehen, wirksame Anpassungs- und Eindämmungsstrategien gegen den Klimawandel zu entwerfen (de Jonge Oudraat und Brown 2022, Pearse 2017).

Zudem sind Frauen und andere marginalisierte Gruppen überproportional vom Klimawandel betroffen. Die Klimakrise ist nicht geschlechtsneutral (UNDP et al. 2020). Denn es sind vor allem Frauen und Mädchen, die die Last von klimawandelbedingten Katastrophen zu tragen haben. 80 Prozent der durch den Klimawandel vertriebenen Menschen sind Frauen.

Extremwetterereignisse stehen in einem engen Zusammenhang mit einer Zunahme häuslicher und sexueller Gewalt, Obdachlosigkeit, Armut und Menschenhandel. All dies bedeutet, dass eine feministisch ausgerichtete Außenpolitik in einer Welt multipler Krisen wichtiger ist denn je: Ein Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit kann nicht nur die Wahrscheinlichkeit von Gewaltkonflikten im Kontext des Klimawandels verringern, sondern auch zu nachhaltigeren und friedensfördernden außenpolitischen Entscheidungen beitragen. Feministische Außenpolitik und nachhaltige Friedenspolitik sind damit eng miteinander verwandt und müssen zusammen vorangebracht werden.

Literatur

- Adebahr, C, et al. (2022) Den Menschen in den Fokus rücken. Internationale Politik und Gesellschaft: 15.03.2022, <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/den-menschen-in-den-fokus-ruecken-5798/>.
- Auld, G., et al. (2021). Managing pandemics as super wicked problems: lessons from, and for, COVID-19 and the climate crisis. *Policy Sciences* 54(4): 707-728.
- Buzan, B., et al. (1998). *Security. A New Framework for Analysis*. London, Boulder.
- de Jonge Oudraat, C. and M. E. Brown (2022). *Gender, Climate Change, and Security: Making the Connections*. Washington, D.C., Wilson Center.
- Head, B. (2022). *Wicked Problems in Public Policy. Understanding and Responding to Complex Challenges*. London, Palgrave Macmillan.
- Hudson, V. M., et al. (2021). *The First Political Order. How Sex Shapes Governance and National Security Worldwide*. Columbia, Columbia University Press.
- Mach, K. J., et al. (2019). Climate as a risk factor for armed conflict. *Nature* 571(7764): 193-197.
- Pearse, R. (2017). Gender and climate change. *WIREs Climate Change* 8(2): e451.
- UNEP, et al. (2020). *Gender, Climate & Security: Sustaining inclusive peace on the frontlines of climate change*. New York, United Nations.